

Parlamentarischer Vorstoss

wird durch System eingesetzt

Geschäftstyp: Postulat
Titel: **Bildungschancen für alle Baselbieter*innen**
Urheber/in: Miriam Locher
Zuständig:
Mitunterzeichnet von:
Eingereicht am: 30. August 2018
Dringlichkeit: --

((Abschnittswechsel nicht löschen))

Begründung und Antrag

Es ist eine Tatsache, dass in der heutigen Gesellschaft eine gute Ausbildung enorm wichtig ist, um sich im Arbeitsleben und somit auch in der Gesellschaft behaupten zu können.

Ja mehr noch: Eine gute Ausbildung ist – egal in welchem Alter – eine hilfreiche Lebensgrundlage. Sie ist mitverantwortlich für eine gesicherte finanzielle Situation, da sie höhere Lohneinnahmen ermöglicht, mitverantwortlich ist für gesicherte Stellen und auch zum Übernehmen von verantwortungsvollen Stellen befähigt.

Je besser die in der Ausbildung erlangte Qualifikation, desto geringer das Risiko eines Jobverlusts.

Es ist aber leider auch eine Tatsache, dass es vielen Menschen aus finanziellen Gründen nicht möglich ist, eine Aus- oder Weiterbildung antreten zu können. Solchen Fällen begegnet man in diversen Städten mit interessanten Ansätzen:

Die Stadt Wien kennt dank des Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds (waff) seit 1995 verschiedene Massnahmen, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich beruflich weiterentwickeln möchten, voranzubringen. Eine davon ist das «Bildungskonto», das aus- oder weiterbildungsinteressierte Bewohnerinnen und Bewohner mit 300 bis 2000 Euro Förderung unterstützt. Mit Angeboten wie dem «Chancen-Scheck» können Lehrabschlüsse nachgeholt oder im Ausland erworbene Qualifikationen anerkannt werden. Und unter dem Titel «FRECH» (Frauen ergreifen Chancen) werden die spezifischen Berufsverläufe von Frauen gezielt gefördert.

Ebenso kennt die österreichische Stadt Graz einen Fonds für Aufstieg und Entwicklung, aus dem erwerbstätige Grazerinnen und Grazer mit niedrigem Einkommen für eine Weiterbildung oder Umschulung mit bis zu 1000 Euro unterstützt werden.

Das Bestehen solcher Angebote zeigt auf, dass gute Bildung gesamtgesellschaftlich wichtig ist und wie es für die öffentliche Hand möglich ist, sich in diesem Bereich zu engagieren.

Vor diesem Hintergrund wird der Regierungsrat gebeten zu prüfen, wie ein ähnliches System zur Förderung der Bildung in der Bevölkerung aufgebaut werden kann.

Dieses soll sowohl Fördermöglichkeiten für die Gesamtbevölkerung beinhalten, als auch die spezifischen Herausforderungen von Personen mit tiefem Einkommen und/oder familiären Verpflichtungen berücksichtigen.

Liestal, 30. August 2018

Unterschrift: